

Offenburger Tageblatt

Nummer 219 • 118. Jahrgang • E 5464

Freitag, 20. September 2019

2,00 EUR

Guten Morgen!

Fußballweisheiten, wer kennt nicht ein paar davon. Eine der berühmtesten ist wohl »Der Ball ist rund und das Spiel dauert 90 Minuten« von Sepp Herberger. Zwei Behauptungen, die niemand in Zweifel ziehen kann. Ganz anders als bei folgendem Zitat von Lukas Podolski: »Fußball ist wie Schach. Nur ohne Würfel.« Da kann man schon ein bisschen ins Grübeln kommen, und man geht kurz die Schach-Regeln durch, ohne dabei allerdings auf einen Würfel zu stoßen. Richtig philosophisch wird es dann, wenn man über diesen Satz von Franz Beckenbauer nachdenkt: »Der Grund war nicht die Ursache, sondern der Auslöser.« Weise Worte – oder völliger Humbug? Bevor einem der Kopf qualmt, sollte man sich besser wieder den einfachen Weisheiten von Herrn Herberger zuwenden: »Nach dem Spiel ist vor dem Spiel«. Genau! **fi**

Kinzigtal heute

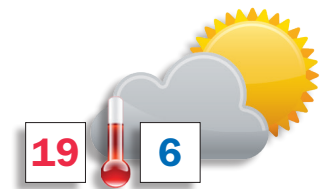
Mittleres Kinzigtal: Eine angespannte Lage bei der Unterrichtsversorgung herrscht im Regierungsbezirk Freiburg, weil viele Stellen nicht besetzt werden konnten. Doch wie sieht es hier direkt vor Ort aus? Wir haben uns umgehört.

Wolfach: Bereits zum 40. Mal lädt die Wolfacher Feuerwehr zu ihrem Schlachtfest ein. Während früher noch am Pavillon gefeiert wurde, steigt das Fest inzwischen im und um das Feuerwehrgerätehaus – so auch jetzt am Wochenende.

Haslach/Mittleres Kinzigtal: Insgesamt genau 26250 Euro hat die Sparkasse Haslach-Zell an zehn Vereinen aus der gesamten Region spendet. Zudem gab es erstmals einen kurzen Film über das »Sparkassen-Bienen-Projekt« zu sehen.

Ortenau-Wetter

HEUTZUTAGE



Freispruch: Achteinhalb Jahre nach der Atomkatastrophe in Fukushima sind drei frühere Topmanager des verantwortlichen Kraftwerkbetreibers Tepco in einem Strafprozess freigesprochen worden.

WIRTSCHAFT

Interview: Frank Bsirske tritt ab, und der Abschied von Deutschlands dienstältestem Gewerkschaftschef von der Verdi-Spitze markiert nach 18 Jahren das Ende einer Ära. Die MITTELBADISCHE PRESSE sprach mit ihm über Streiks, Politik und die Zukunft.



ROBBY EXTRA

Sonderseite: Wieder einmal beantwortet Robby Rheinschnakes Experte auf einer Sonderseite Fragen von jungen und älteren Lesern zur Tier- und Pflanzenwelt der Ortenau. Heute geht es unter anderem um die Speispinne und den Aronstab.



REGION

Umstritten: Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) hat sich öffentlich dafür ausgesprochen, dass Schwarzfahren in öffentlichen Verkehrsmitteln künftig keine Straftat mehr ist, sondern nur noch eine Ordnungswidrigkeit.



Entschieden: Schwangere Frauen sollen Bluttests vor der Geburt auf ein Down-Syndrom des Kindes künftig unter engen Voraussetzungen von den gesetzlichen Krankenkassen bezahlt bekommen. Das beschloss der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) als oberstes Entscheidungsgremium gestern in Berlin. Möglich sein soll die neue Kassenleistung aber »nur in begründeten Einzelfällen«.

SEITE 2 / POLITIK / Foto: dpa

Kretschmanns Grüne sind auf Rekordhoch

38 Prozent bei Umfrage im Land / CDU bei 26 Prozent

Baden-Württembergs Grüne schießen durch die Decke und die CDU kommt nicht vom Fleck: Die neuen Umfragewerte sind drastisch. Sie liegen vor allem an einer Person: Regierungschef Kretschmann.

Stuttgart (dpa). Rekordwert für die Grünen, dramatische Lage für die CDU im Südwesten: Nach der Ankündigung von Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann, bei der Landtagswahl 2021 wieder antreten zu wollen, haben die Werte für seine Partei in Baden-Württemberg auf 38 Prozent zugelegt. Hingegen liegt die CDU mit Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann mit 26 Prozent abgeschlagen auf dem zweiten Platz. Das geht aus einer gestern veröffentlichten Umfrage von Infratest dimap für den Südwestrundfunk (SWR) und die »Stuttgarter Zeitung« hervor. Rund eineinhalb Jahre vor der Wahl ist die CDU damit weit von ihrem Ziel entfernt, selbst den Regierungschef zu stellen.

Kretschmann regiert seit 2011, erst mit einem grün-roten Bündnis und seit 2016 mit einer

grün-schwarzen Koalition. Er hatte am 12. September erklärt, für eine dritte Amtszeit antreten zu wollen. Bei der Landtagswahl 2016 waren die Grünen auf 30,3 Prozent gekommen und erstmals stärkste Kraft bei einer Landtagswahl überhaupt geworden. Die 38 Prozent sind der höchste Wert, den Infratest dimap nach eigenen Angaben bundesweit jemals für die Grünen gemessen hat.

Die SPD kommt in der neuen Umfrage auf acht Prozent – dies ist für sie ein Allzeittief in Baden-Württemberg. Die AfD liegt bei zwölf Prozent und die FDP bei acht Prozent. Die Linke wäre mit drei Prozent weiterhin nicht im Landtag vertreten.

Kretschmanns Entscheidung für eine erneute Spitzenkandidatur stößt bei 71 Prozent der Befragten auf Zustimmung. 77 Prozent sind zufrieden oder sehr zufrieden mit seiner Arbeit. Eisenmann, die derzeit Kultusministerin ist, kann 23 Prozent der Bürger mit ihrer Arbeit überzeugen. Könnten die Menschen den Regierungschef direkt wählen, würden sich 69 Prozent für Kretschmann entscheiden, aber nur 13 Prozent für seine Herausforderin.

REGION: weiterer Bericht

Kommission soll Agenda 2030 begleiten

Landrat greift Forderung aus Interview mit KIT-Professor Hagsheno für Ortenauer Klinikreform auf

Offenburg (js). Großprojekte haben es in sich. Das hat zuletzt auch Landrat **Frank Scherer** (Foto) zu spüren bekommen, als er Kostensteigerungen für die Klinikreform Agenda 2030 verkünden musste. Statt 504 sind jetzt 720 Millionen Euro im Gespräch. Scherer kündigte jetzt an, dass eine Finanz- und eine Baukommission die Neubauten für die Klinikreform eng begleiten sol-

len. Den Kommissionen sollen nach dem Willen von Landrat Scherer nicht nur Kreisräte, sondern auch Mitglieder der Kreisverwaltung angehören.

Damit greift Scherer eine Forderung von Shervin Hagsheno auf. Der Institutsleiter am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) hatte sich im Interview mit der MITTELBADISCHEN PRESSE dafür ausgesprochen, unabhängige und



mit Experten besetzte Gremien einzurichten.

Scherer schließt derweil weitere Kostensteigerungen für die Neubauten in Offenburg und Lahr nicht aus. Er geht davon aus, dass der Baukostenindex auch künftig jedes Jahr steigen wird. Das müsse hinzugerechnet werden.

ORTENAU: weiterer Bericht und Hagsheno-Interview

Ringgen um eine Einigung

Berlin (dpa). Eine Zulassungsquote für Elektroautos und ein Verbot neuer Ölheizungen ab 2030 sind Bestandteil eines Entwurfs für das »Klimaschutzprogramm 2030«, das die Bundesregierung beschließen will. Das Papier ist politisch noch nicht abschließend abgestimmt. Gestern Abend trafen sich die Koalitionsspitzen erneut, um über Streitfragen zu beraten. Heute soll das Klimakabinet, ein Ausschuss der Bundesregierung, Entscheidungen treffen. Vieles muss dann erst noch in Gesetze geschrieben und vom Bundestag sowie den Bundesländern im Bundesrat verabschiedet werden.

SEITE 2: weitere Berichte

ADAC zählte 594 Staus

München (dpa). In diesem Sommer standen die Deutschen häufiger und länger im Stau als noch im Jahr zuvor. Zwischen dem 21. Juni und dem 8. September zählte der ADAC laut einer Pressemitteilung insgesamt 594 Staus mit mehr als zehn Kilometern Länge. Das seien rund 16 Prozent mehr als 2018 gewesen. Die Ursache für die vielen Staus waren laut ADAC – wenig überraschend – zum einen das hohe Verkehrsaufkommen in der Ferienzeit, aber besonders auch die zahlreichen Baustellen. In diesen Sommerferien wurde an durchschnittlich 570 Autobahnbaustellen gearbeitet. Das waren 110 mehr als im Vorjahr.

Ruf nach Exportverbot

Berlin (dpa). Ein Bündnis 56 zivilgesellschaftlicher Organisationen appelliert an die Bundesregierung, ein zeitlich unbefristetes Rüstungsexportverbot gegen alle Mitglieder der von Saudi-Arabien im Jemen-Krieg angeführten Militärkoalition zu verhängen. Dieses müsse gelten, solange diese am bewaffneten Konflikt beteiligt seien oder die Gefahr bestehe, dass auch deutsche Rüstungsgüter zu Menschen- und Völkerrechtsverletzungen im Jemen beitragen, hieß es in einer Mitteilung. Die Bundesregierung hatte zuvor den seit November 2018 geltenden Exportstopp nach Saudi-Arabien bis zum 31. März 2020 verlängert.

Verärgert über Kritik

Berlin (dpa). Mit Verärgerung hat Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) auf Kritik an seinem Angebot zur Aufnahme eines Viertels der im Mittelmeer aus Seenot geretteten Migranten reagiert. »Ich weise die Kritik an diesem Verfahren aufs Schärfste zurück. Es ist unglaublich, dass man sich als Bundesinnenminister für die Rettung von Menschen vor dem Ertrinken rechtfertigen muss«, sagte Seehofer gestern. Der Thüringer CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl im Oktober, Mike Mohring, hatte erklärt, die von Seehofer angebotene Zwischenlösung sei kein guter Weg.

POLITIK: weiterer Bericht



Ortenau regional

Kräuter-Serie
Das Mädesüß gilt als Mutter des Aspirins.
(3. Ortenauseite)

Wo kommt mein Name her?

Reitter

Die rund 630 Reitter wohnen in Baden-Württemberg und Bayern, die meisten in München, die zweitmeisten in Mittelbaden. Es ist zweifellos eine andere Schreibweise des häufigen Namens Reiter (18150). Dies kann nun ein Berufsname für den Ritter sein oder für den Stadtrechner (mittelhochdeutsch reitmeister) oder für den Hersteller oder Benutzer großer Siebe (mittelhochdeutsch riter). Meistens aber wird jemand gemeint sein, der aus Reit(h) oder Reut(h)(e) stammt, denn es gibt allein in Deutschland über 120 Orte mit diesen Namen, oder jemand, der auf der Reit(h) oder Reut(h)(e) (= Rodung) wohnt.

Sie wollten schon immer wissen, wo Ihr Familienname herkommt? Unser Namensexperte Prof. Dr. Konrad Kunze aus Freiburg beantwortet die Frage an dieser Stelle. Einsendungen sind per E-Mail unter namensserie@reiff.de oder per Postkarte an MITTELBADISCHE PRESSE, Hauptstraße 83a, 77652 Offenburg, zu richten. In beiden Fällen bitte neben Vor- und Familiennamen auch den Wohnort angeben.

Polizeibericht

Maskierter bedroht Frau und flüchtet

Offenburg-Elgersweier (red/all). Die genauen Hintergründe eines Streits zwischen mehreren Heranwachsenden am Mittwochabend in der Ortenaustraße in Elgersweier sind noch nicht abschließend geklärt. Fest steht laut Mitteilung der Polizei, dass eine Frau am frühen Abend zunächst Anrufe mit bedrohlichem Inhalt erhielt. Als wenig später ein Pkw vorfuhr, ein mit Sturmhaube maskierter Unbekannter ausstieg und in Richtung ihres Anwesens marschierte, soll sie diesem mit der Polizei gedroht und ihn so zur Flucht verleitet haben. Im weiteren Verlauf konnte der beschriebene Volkswagen durch die alarmierten Beamten des Polizeireviers Offenburg und Beamte der Hundestaffel kontrolliert und der mutmaßlich zuvor Maskierte so auffindig gemacht werden. Dem 21-jährigen Polizeibekanntem, der mit vier weiteren 17 bis 20 Jahre alten Personen unterwegs war, wurde ein Platzverweis erteilt.

Lahr wählt am Sonntag neuen OB

Fünf Kandidaten wollen Nachfolge von Müller antreten

Lahr (ar/maj). Die Lahrer wählen am Sonntag, 22. September, einen neuen Oberbürgermeister oder eine neue Oberbürgermeisterin. Zur Auswahl stehen Markus Ibert, Jürgen Durke, Christine Buchheit, Guido Schöneboom und Lukas Obwald. Die Wahllokale sind bis 18 Uhr geöffnet. Die MITTELBADISCHE PRESSE und Baden Online berichten von der Wahl – auf bo.de, Facebook, Twitter und via WhatsApp.

Ibert ist 51 Jahre alt, wohnhaft in Wallburg und seit 2005 Geschäftsführer des Industrie- und Gewerbezentrums Raum Lahr GmbH und Verbandsdirektor des interkommunalen Zweckverbands IGP. Er ist für die Entwicklung der Gewerbeflächen auf dem Flugplatz-Areal zuständig. Er wird von CDU und FDP unterstützt.

Durke ist 44 und sorgte im Mai für die erste Überraschung, als er für die Tierschutzpartei in den Gemeinderat einzog. Nur vier Wochen danach machte der studierte Industriedesigner seine OB-Kandidatur öffentlich. Als OB würde er als eine seiner ersten Amtshandlungen den Klimanotstand ausrufen. Seine Hobbys sind Autofahren und Motorradfahren.

Buchheit ist das »grüne« Gesicht im OB-Wahlkampf. Die 51-Jährige ist nicht nur

die einzige Frau im Rennen ums Rathaus – sie ist auch die einzige Bewerberin von außerhalb. Die Diplomatin lebt derzeit in Berlin. Buchheit setzt bei ihrem Wahlkampf auf den unvoreingenommenen Blick von außen auf Lahr.

Schöneboom wurden bislang die größten Chancen auf den OB-Posten zugesprochen. Der 54-Jährige ist seit 2010 erster Bürgermeister der Stadt. Schon seit 2018 wurde gemunkelt, dass er OB werden will. Der gebürtige Leipziger wird von der SPD unterstützt. Mint ist die Farbe seines Wahlkampfes. Der Grund: Mint war die »Farbe des Jahres 2010«. In diesem Jahr kam er nach Lahr.

Obwald (53) ist seit Jahren das Gesicht der Linken Liste Lahr. Er ist seit zehn Jahren – mit kurzer Unterbrechung – im Lahrer Gemeinderat. Schon im Januar verkündete der Forstwirtschaftsmeister: »Ich will OB werden.« Mit geringem Budget, aber viel Einsatz will er den Weg ins Rathaus schaffen und sich künftig für eine grünere Innenstadt einsetzen. Aus Umweltgründen verzichtet er daher auch auf Wahlplakate.

Sollte keiner der fünf Kandidaten die absolute Mehrheit der Stimmen ergattern, wird es am 6. Oktober den zweiten Wahlgang geben, in dem dann die einfache Mehrheit für den Sieg reicht.

Redaktion Ortenau

Jens Sikeler (js)
Simon Allgeier (all)
Fax 0781/504-4319

• Telefon 07 81/504-4312
• Telefon 07 81/504-4310
• E-Mail: ortenau@reiff.de



Im Zuge der Agenda 2030 soll der Offenburger Standort Ebertplatz des Ortenau-Klinikums geschlossen werden und durch ein Großklinikum ersetzt werden. Das Projekt ist nach wie vor umstritten.

Foto: Iris Rothe

Landrat Scherer und der Fluch

Kommission soll Agenda 2030 begleiten / Kreis und Klinik wollen Kommunikation intensivieren

Der Karlsruher Professor Shervin Haghsheno benennt im Interview die Fallstricke bei Großprojekten wie der Agenda 2030. Die MITTELBADISCHE PRESSE hat Landrat Frank Scherer mit seinen wichtigsten Aussagen konfrontiert.

VON JENS SIKELER

Offenburg. Hat Landrat Frank Scherer der Fluch der ersten Zahl ereilt? Es scheint fast so. Auf 504 Millionen Euro schätzten Lohfert & Lohfert 2018 die Kosten für die beiden Klinikneubauten in Achern und in Offenburg. Im Juli dieses Jahres ging Scherer dann mit neuen Zahlen an die Öffentlichkeit. Für den Förderantrag beim Land hatten die Berater von Teamplan genauer nachgerechnet und waren auf 720 Millionen Euro gekommen. Seitdem diskutiert die »politische« Öffentlichkeit erneut über die Klinikreform.

Bekanntes Phänomen

Für Shervin Haghsheno, Professor am Karlsruher Institut für Technologie, sind solche Kostensteigerungen und die damit verbundenen Reaktionen ein bekanntes Phänomen, wie er im Interview mit der MITTELBADISCHEN PRESSE erläutert. Man müsse in einer sehr frühen Phase mit einer konkreten Zahl agieren. Die brenne sich dann im Bewusstsein der Bevölkerung ein, unabhängig davon, was in der Zwischenzeit passiert sei.

So weit gehen und von einem Fluch sprechen, würde Scherer nicht. »Aber schade ist, dass immer nur eine Zahl hängen bleibt, die aus vielerlei Gründen noch gar nicht belastbar sein kann, weil es eben eine Kostenschätzung ist.« Der Landrat verweist darauf, dass das Strukturgutachten vor allem einen Vergleich der verschiedenen Varianten der Klinikreform zum Ziel hatte. Erst auf dieser Grundlage hätten die Fachplaner den tatsächlichen und bewusst hoch angesetzten Bedarf berechnen können. »Berücksichtigen mussten sie dabei auch die in der Zwischenzeit bereits getroffenen weiteren Entscheidungen und neuen Erkenntnisse, wie einen höher angesetzten Flächenbedarf sowie höhere Baunebenkosten und die Berücksichtigung des absehbaren Baukostenanstiegs«, so Scherer weiter.

Die Kosten der Klinikneubauten kommuniziert Landrat Scherer jetzt deutlich



Landrat Frank Scherer.

Archivfoto: Stephan Hund

vorsichtiger, als er das mutmaßlich vor einem Jahr getan hätte. »Sofern man das heute über zehn Jahre hinweg beurteilen kann, gehen wir von keinen weiteren Kostensteigerungen aus, die ihren Grund in der rein klinischen Konzeption der Agenda 2030 selbst finden«, sagt Scherer bezogen auf die 720 Millionen Euro. Klar sei aber auch, dass der Baukostenindex jedes Jahr ab 2020 steigen werde und noch hinzugerechnet werden müsse.

Im Interview plädiert Haghsheno dafür, Großprojekte wie die Agenda 2030 an einen Generalunternehmer

zu vergeben. Ausnahme: Der Auftraggeber hat selbst genügend Expertise in der Umsetzung solcher Projekte. Außerdem spricht sich der Experte für Gremien aus, in denen Expertenwissen und Unabhängigkeit gegeben ist. Der Landrat kündigte an, dem Kreistag die Einsetzung einer Bau- und einer Finanzkommission vorzuschlagen, die die Neubauten eng begleiten solle. Besetzt werden soll sie demzufolge mit Mitgliedern des Kreistags und der Kreisverwaltung.

Durchaus selbstkritisch

Auch für die Kommunikation rund um das Mammutprojekt gab es immer wieder Kritik. Scherer verweist diesbezüglich zwar auf viele Pressekonferenzen, 30 Pressemitteilungen und 600 Presseberichte. Es habe außerdem eine Vielzahl von öffentlichen Informationsveranstaltungen gegeben. Er gibt sich aber auch selbstkritisch: »Dennoch haben wir scheinbar nicht alle und jeden erreicht, daraus haben wir gelernt und werden deshalb unsere Kommunikation in den nächsten Wochen intensivieren und ausbauen.« Klinik und Kreis informierten die Öffentlichkeit etwa schon seit Wochen über ihre Social-Media-Kanäle.

Das komplette Interview mit Shervin Haghsheno zum »Fluch der ersten Zahl« lesen Sie auf der zweiten Ortenauseite.

Ein Dossier zu diesem Thema finden Sie unter: www.bo.de/klinikreform

STICHWORT

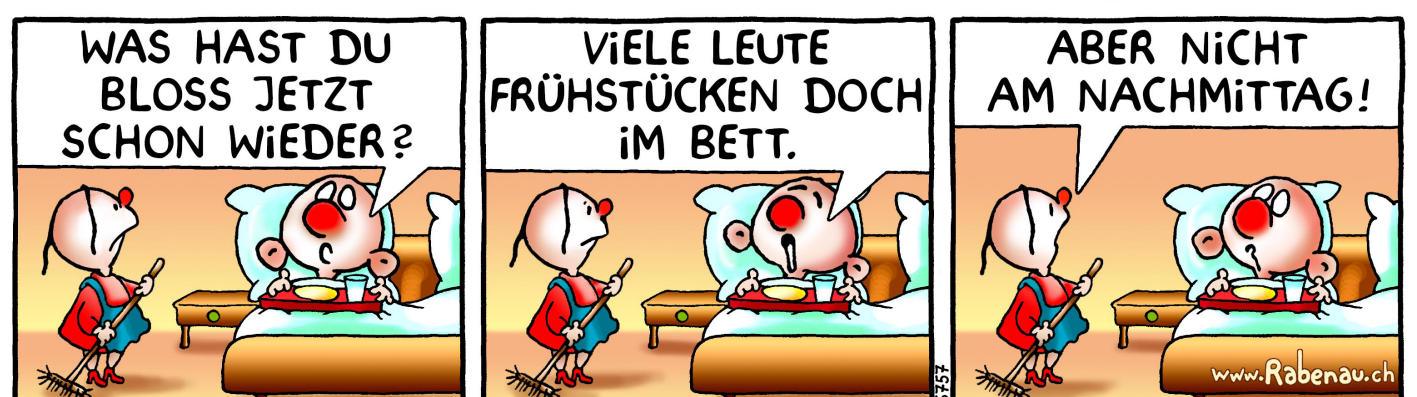
Krankenhausausschuss

Der Ausschuss für Gesundheit und Kliniken des Ortenaukreises tagt am Montag, 23. September, ab 16 Uhr öffentlich im Kleinen Sitzungssaal des Landratsamts.

Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Beratung zum Jahresabschluss 2018 des Ortenau Klinikums sowie zum Prüf-

bericht des Rechnungsprüfungsamtes, teilt das Klinikum mit. Außerdem informiert die Verwaltung über die Beantwortung mehrerer schriftlicher Anfragen zur Fortführung des Modells Landrat sowie der Agenda 2030. Zuletzt hatte es Diskussionen wegen Kostensteigerungen bei der Agenda 2030 gegeben. js

Rabenaus wundersame Erlebnisse



www.Rabenau.ch

ORTENAU

In Kürze

Fahrgeschäft »Arthur« erhält Auszeichnung

Rust (red/all). Der Europa-Park in Rust wurde laut Mitteilung nicht nur als »Europas bester Themenpark« ausgezeichnet, sondern das Fahrgeschäft »Arthur« auch als »Europas beste Familienattraktion«. »Die konsequente Thematisierung, familienfreundliche Attraktionen und eigene Hotels überzeugen auf ganzer Linie«, so das Urteil der Jury. Anlässlich der »Euro Attractions Show«, der größten europäischen Messe der Freizeitindustrie, die aktuell in Paris stattfindet, zeichnete die Fachzeitschrift »Kirmes & Park Revue« die besten Themenparks, die atemberaubendsten Neuheiten und die spektakulärsten Attraktionen mit den »European Star Awards« aus. Diese werden bereits seit 2012 vergeben.

Bärenpark bietet Schulanfängern freien Eintritt

Bad Rippoldsau-Schapbach (red/all). Was fressen Bären, wenn sie sich auf die Winterruhe vorbereiten? Und wie viel davon? Wie verhalten sich dann die Wölfe? Das können Schulanfänger jetzt live und gratis beobachten. Noch bis Ende des Jahres haben die Abc-Schützen freien Eintritt im Alternativen Wolf- und Bärenpark Schwarzwald. Das Tierschutz-Projekt der »Stiftung für Bären« kann täglich ab 10 Uhr besucht werden. Die Aktion »Freier Eintritt für Schulanfänger« läuft bis einschließlich 31. Dezember 2019.



Über Alternativen zu Fixierungen in der Pflege diskutierten beim Fachtag (von links): Nicolas Gethmann, Direktor Amtsgericht Kehl, Christiane Schulz, Betreuungsbehörde Ortenaukreis, Madeleine Viol, Projektmanagement Redu-Fix, Anja Merkel, Heimleitung Haus Weststadt, Wolfgang Huber, Leiter des Amts für Soziales und Versorgung, Anskar Hail, Landratsamt Ortenaukreis, Moderation. Foto: Landratsamt Ortenaukreis

Pflegebedürftigen die Freiheit lassen

Fachtag widmete sich dem Thema Fixierungen

Offenburg (red/all). Um Pflegenden zu zeigen, welche Alternativen es zu Fixierungen gibt, hatte die Betreuungsbehörde des Ortenaukreises am Mittwoch zur Fachtagung »Eure Sorge fesselt mich – eine Redu-Fix-Initiative« ins Landratsamt eingeladen. Teilnehmende waren laut Mitteilung des Landratsamtes Leitungen von Pflegeeinrichtungen, Richter der Betreuungsgerichte, Berufsbetreuer und Aufsichtsbehörden.

»Aus Angst vor Unfällen versuchen Pflegekräfte, insbesondere demenzerkrankte Heimbewohner durch Fixierungen wie Bettgitter, Sitzhosen oder Gurtsysteme zu schützen«, heißt es in der Mitteilung. Dabei bedeuteten solche Fixierungen »eine große, oft auch entwürdigende Freiheitseinschränkung und rufen selbst auch wieder gesundheitliche Risiken hervor«, so Christiane Schulz von der Betreuungsbehörde im Landratsamt Ortenaukreis. Deshalb seien diese freiheitsentziehenden Maßnahmen in den letzten Jahren vermehrt in den Fokus öffentlicher Diskussion gerückt. Sie würden zu Recht stärker als je zuvor kritisch diskutiert.

Schwerpunkt des Fachtags war die Präsentation von Madeleine Viol, Projektmanagerin von »Redu-Fix«, einem Projekt der Evangelischen Hochschule Freiburg. Sie stellte Alternativen zu freiheitsentziehenden Maßnahmen vor, die im Rahmen dieses Forschungs- und Praxisprojekts erfolgreich er-

probt wurden. »Ein Beispiel: Statt eines Bettgitters kann ein Niederflurbett oder eine Fallschutz- beziehungsweise Sensormatte eingesetzt werden, um Verletzungsgefahren beim Herausfallen aus dem Bett zu verringern«, so Schulz.

Schulungen ab Herbst

Amtsgerichtsdirektor Nicolas Gethmann informierte über die rechtlichen Rahmenbedingungen von freiheits-einschränkenden Maßnahmen, bevor Anja Merkel vom Pflegeheim Weststadt in Baden-Baden in ihrem Praxisbericht darstellte, wie Pflegenden auch im stressigen Heimalltag mit weniger oder weniger belastenden Sicherungsmaßnahmen zurechtkommen können.

Schulz: »Die Mehrzahl der freiheitsentziehenden Maßnahmen kann vermieden werden – dies zeigen Forschungs- und Praxisansätze wie der von Redu-Fix – Ansätze, die sowohl dem Wunsch der Betroffenen nach Bewegungsfreiheit entgegenkommen als auch dem Wunsch der Pflegekräfte, den ihnen anvertrauten Personen ohne Bewegungseinschränkung die nötige Sicherheit zu geben.«

Ab Herbst werde »Redu-Fix-Ortenau« auf Initiative der Betreuungsbehörde Schulungen für Pflegekräfte anbieten. Ansprechpartnerin für an Schulungen Interessierte ist Lisa Hodapp von der Betreuungsbehörde im Landratsamt Ortenaukreis, ☎ 0781/8051458.

»Diese Zahl brennt sich ein«

Interview mit Shervin Haghsheho / Bauexperte über den Fluch der ersten Zahl und Auswege

VON JENS SIKELER

Shervin Haghsheho ist Direktor des Instituts für Technologie und Management im Baubetrieb am Karlsruher Institut für Technologie. Im Interview mit der MITTELBADISCHEN PRESSE spricht er über den Fluch der ersten Zahl und darüber, warum Großprojekte immer teurer werden.

■ **Es gibt einen Kollegen von Ihnen, der überzeugt ist, dass am Anfang jeden Großprojekts eine Lüge steht. Hat er Recht?**

SHERVIN HAGHSHEHO: Am Anfang eines Großprojekts kann eine Lüge stehen, sie muss es aber nicht.

■ **Welche Gründe gibt es, die Kosten für ein Projekt klein zu rechnen?**

HAGHSHEHO: Da lassen sich zwei verschiedene Perspektiven ausmachen. Es gibt politisch Verantwortliche, die möchten, dass ihr Name irgendwann mit einem tollen Projekt verbunden wird.

■ **Und der zweite Grund?**

HAGHSHEHO: Es gibt den sogenannten Optimism Bias. Das bedeutet, dass man entweder zu optimistisch auf die Zukunft schaut oder, was den Verlauf des Projekts angeht, zu optimistisch ist. Es lässt sich mit der Psychologie erklären, dass man die Gefahren und die Unwägbarkeiten systematisch unterschätzt. Es gibt auch noch einen dritten Aspekt – eine Mischung aus Psychologie und Ökonomie. Es sind Personen und Organisationen an der Einschätzung von Budgets und Kostenschätzungen beteiligt, für die keine Risiken mit einer schlechten Kosteneinschätzung verbunden sind. Natürlich ist es für den Fachplaner unangenehm, wenn er sich kritische Fragen gefallen lassen muss. Aber er selbst hat keine ökonomische Betroffenheit. Er ist aber daran interessiert, dass das Projekt auf jeden Fall kommt. Da schwingt die Befürchtung mit, »wenn ich eine zu große Zahl da hinschreibe, dann mache ich möglicherweise das ganze Projekt kaputt«.

■ **Wie präzise können Kostenschätzungen zu einem sehr frühen Zeitpunkt sein?**

HAGHSHEHO: Das hängt auch von dem Bauwerk ab, das erstellt werden soll. Wenn es sich um ein Projekt handelt, zu dem es viele Erfahrungswerte gibt, etwa den Wohnungsbau, dann kann die Schätzung schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt sehr präzise sein.

■ **Und wenn das nicht der Fall ist?**

HAGHSHEHO: Je komplexer ein Projekt ist und desto weniger Erfahrungswerte es gibt, desto unpräziser wird auch die Kostenschätzung. Je komplexer so ein Projekt ist und je geringer die Erfahrungswerte sind, desto unklarer ist der tatsächliche Bedarf. Bei einem Klinikneubau ist entscheidend, an welchem Zeitpunkt man die Ärzte einbezieht. Es ist vollkommen klar, dass dann Dinge auf den Tisch kommen, die man noch nicht berücksichtigt hat.

■ **Wie groß können die Abweichungen in so einer frühen Phase sein?**

HAGHSHEHO: Es gab schon juristische Streitigkeiten, bei denen die Gerichte entschieden haben, dass in einer frühen Phase bei Kostenschätzungen auch noch 20 oder 30 Prozent Abweichung legitim sein können.

■ **Es wäre also gut, wenn man in der Frühphase eines Projekts darauf hinweist, das es sich nur um eine grobe Kostenschätzung handeln kann?**



Der Bauexperte Shervin Haghsheho ist Professor am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Foto: privat

HAGHSHEHO: Da werden gerne Begriffe durcheinandergebracht. Bei dem Begriff Kostenschätzung gehen viele Menschen davon aus, dass es sich um belastbare Zahlen handelt.

■ **Ist es nicht ein grundsätzliches Problem, dass Entscheidungen zu einem Zeitpunkt gefällt werden müssen, an dem es noch keine belastbare Kostenschätzung geben kann?**

HAGHSHEHO: Ja, das ist ein systemisches Thema. Sinnvoller wäre es, solche Projekte in verschiedenen Phasen mit definierten Sollbruchstellen zu unterteilen. Nach einer bestimmten Zeit, wenn man die Risiken kennt, zum Beispiel den Boden untersucht hat, muss es dann die Möglichkeit geben, aus dem Projekt auszusteigen, wenn die Kosten zu hoch wären.

■ **Landrat und Klinikgeschäftsführer haben bei der Agenda 2030 nicht mit Kosteneinsparungen, sondern mit einer Verbesserung der Versorgung argumentiert. Ist das ungewöhnlich?**

HAGHSHEHO: Das ist auf jeden Fall bemerkenswert. Ich finde es auch sehr positiv, dass man schon jetzt Risikobudgets kommuniziert und damit auch mögliche Kostensteigerungen ins Auge fasst. Ich kann aber nicht beurteilen, ob sich mit den Kosten von 720 Millionen Euro auch das Leistungsprogramm erfüllen lässt.

■ **In der Diskussion um Großprojekte und deren Kosten taucht immer wieder der Begriff »Fluch der ersten Zahl« auf. Was hat es damit auf sich?**

HAGHSHEHO: Damit ist gemeint, dass man in einer sehr frühen Phase des Projekts, etwa für die Bewilligung oder bei der politischen Entscheidung, mit einer konkreten Zahl agieren muss. Diese Zahl brennt sich dann in der Öffentlichkeit ein und im weiteren Projektverlauf wird dann immer wieder auf diese Zahl verwiesen. Dabei wird dann aber vergessen, was im Laufe des Projekts alles passiert ist. Gab es besondere Preissteigerungseffekte?

Hat sich das Produkt verändert?

■ **Wie kann man dem Fluch der ersten Zahl entgegen?**

HAGHSHEHO: In so einer frühen Phase ist es immer gefährlich, wenn man sich auf eine Zahl festlegt. Ich rate dazu, mit Bandbreiten zu arbeiten. Man muss klarmachen, dass es diese Bandbreite gibt und man muss auch klarmachen, wovon diese Bandbreite beeinflusst wird. In diesem Fall hätte man zum Beispiel darauf verweisen können, dass man zunächst eine Bedarfsanalyse bei den Ärzten machen muss. Mir ist aber klar, dass man sich manchmal aufgrund des Haushaltsrechts oder wegen eines Förderantrags wie in diesem Fall auf eine Zahl festlegen muss. Sehr wichtig ist auch, dass man Risikobudgets transparent macht.

■ **Die Agenda 2030 ist ein hochkomplexes Projekt. Die Entscheidung hat aber ein Freizeitparlament gefällt. Ist das ein Problem?**

HAGHSHEHO: Manchmal gibt es kritische Situationen, in denen projektstrategisch wichtige Entscheidungen getroffen werden müssen, und wenn diese Entscheidungen von einem überwiegend politisch besetzten Gremium getroffen werden, dann ist das hochgradig gefährlich. Wenn man es richtig machen will, muss man wirklich sagen: Man braucht Gremien, in denen Unabhängigkeit und Expertenwissen gegeben ist.

■ **Was sind denn die wichtigsten Gründe dafür, dass Bauen immer teurer wird?**

HAGHSHEHO: Es gibt zwei Säulen, die in der Abwicklung eine Rolle spielen. Eine kann man gut in den Griff bekommen – das ist das Thema allgemeine Preissteigerungen. Genauso wie die Inflation uns alle betrifft, gibt es auch im Bauen eine allgemeine Preissteigerung etwa beim Material und beim Lohn. Der Boom in der Baubranche hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass Kapazitäten dort sehr beschränkt sind. Das wirkt sich natürlich auch auf die Preisentwicklung aus.

■ **Und die zweite Säule?**

HAGHSHEHO: Das ist eine gute Projektorganisation. Da gibt es einige systemische Herausforderungen gerade für öffentliche Auftraggeber. Leistungen müssen oft sehr kleinteilig vergeben werden. Diese müssen dann später wieder zusammengeführt werden, was dazu führt, dass die Unternehmen ihre Kompetenz erst relativ spät im Prozess einbringen können. Die vielen kleinen Planungspartner können zum Problem werden, wenn jeder auf seinen Vorteil bedacht ist.

■ **Wieso kann man nicht einfach ein Generalunternehmen beauftragen?**

HAGHSHEHO: Es gibt das Gebot der sogenannten Teil- und Fachlosvergabe. Das ist geprägt von dem Gedanken, dass man unsere stark mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur schützen möchte. Deshalb muss es immer besondere Begründungen geben, warum man mit Generalunternehmen arbeiten möchte. Die übernehmen die Verantwortung und die Koordination für das gesamte Projekt. Dafür muss man aber gewisse Hürden im Vergaberecht überwinden, was bei komplexen Projekten aber möglich ist. Meine Erfahrung ist aber, dass viele öffentliche Auftraggeber sehr traditionalistisch unterwegs sind und sich mit Einzelvergaben wohler fühlen.

■ **Ist denn ein Generalunternehmer grundsätzlich effizienter als mehrere kleine?**

HAGHSHEHO: Das würde ich so pauschal nicht sagen. Wenn der Bauherr selber eine ausgeprägte Baukompetenz und die entsprechenden Ressourcen für die Projektsteuerung hat, dann kann er auch die vielen Einzelunternehmer unter einen Hut bringen. Wenn das aber nicht der Fall ist, ist er besser beraten, sich einen Partner zu suchen, der ihm diese Aufgabe und die damit verbundenen Risiken abnimmt. Außerdem muss man auch immer schauen, ob der Markt überhaupt ein Unternehmen hergibt, das so ein großes Projekt übernehmen will. Deshalb ist eine Markterkundung im Vorfeld sehr sinnvoll. Man muss das also differenziert betrachten. Wenn man in eine Einzelvergabe geht, muss einem bewusst sein, dass man sich als Bauherr sehr professionell aufstellen muss, entweder mit eigenen Kapazitäten und Ressourcen oder man muss eben externe Projektmanagementbüros verpflichten.

ZUR PERSON

Shervin Haghsheho

Shervin Haghsheho hat an der Technischen Universität Darmstadt zunächst Bauingenieurwesen studiert und dort 2004 auch promoviert. Bis 2004 absolvierte er auch ein Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Fernuni Hagen. Von 2004 bis 2013 war er für das Bauunternehmen Bilfinger tätig. Zuletzt war er Mitglied der Geschäftsführung der Bilfinger Hochbau GmbH. Seit 2013 lehrt er als Universitätsprofessor am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und ist er geschäftsführender Direktor des Instituts für Technologie und Management im Baubetrieb und Leiter des Fachgebiets Baubetrieb und Bauprozessmanagement. (js)